

## Stellungnahme zum Entwurf des Landeshaushalts 2006

### Frauenpolitik und Gender Mainstreaming

Frauen- und Mädchenpolitik hat Verfassungsrang und ist auch Bildungs-, Innen-, Gesundheits-, Arbeitsmarkt-, Struktur- und Wirtschafts-, Jugend-, Integrations- und Sozialpolitik.

Der Entwurf des Landeshaushalts 2006 hätte eine erhebliche Schwächung der Frauen- und Mädcheninfrastruktur zur Folge. Durch den geplanten Abbau von Angeboten für Frauen und Mädchen setzt die Landesregierung gleichstellungspolitisch falsche Signale.

Die Landesregierung muss sich daran messen lassen, wie konsequent sie den verfassungsgemäßen Auftrag der Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit und des Abbaus von Benachteiligungen also das Prinzip des Gender Mainstreaming umsetzt.

Das Prinzip des Gender Mainstreaming bedeutet, dass jede Maßnahme auf ihre Auswirkungen auf die Geschlechtergerechtigkeit überprüft werden muss.

Deshalb muss für alle Ressorts eine geschlechterpolitische Folgenabschätzung der geplanten Sparmaßnahmen vorgenommen werden. Die Landesregierung ist gefordert, ein nachhaltiges Gender Budgeting und Controlling bei allen Maßnahmen und Gesetzen zu betreiben.

### Wirtschaft und Arbeit – Beruf und Familie

Die Landesregierung beabsichtigt, die Mittel für die Regionalstellen Frau und Beruf um 20 % zu kürzen und die Arbeit gleichzeitig konzeptionell zu überprüfen und zu reformieren. Es sind die Regionalstellen, die im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik die Belange von Frauen und Mädchen erfolgreich und in besonderer Weise vertreten. Die beabsichtigte Kürzung der Mittel führt schon jetzt zu einer Aufgabenreduzierung. Die Situation von Frauen, die unter das SGB II fallen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie aber auch der drohende Fachkräftemangel erfordern aber den Erhalt spezieller Angebote für Frauen und Mädchen auch in Nordrhein-Westfalen.

Die Kürzungen im Bereich der öffentlichen Kinderbetreuung führen nicht nur zu einer Verschlechterung der Betreuung sowie einer Aufweichung des Bildungsauftrags in den Einrichtungen sondern auch zu einer Reduzierung von Frauenarbeitsplätzen und treffen berufstätige Eltern in doppelter Hinsicht.

### Mädchen in der Kinder- und Jugendhilfe

Mädchen sind von den Kürzungen im Landeshaushalt in mehrfacher Hinsicht betroffen. Durch die Kürzungen im Kinder- und Jugendförderplan des Landes fallen Angebote für Mädchen weg, die bisher für die Weiterentwicklung der geschlechterdifferenzierten Kinder- und Jugendarbeit wichtige Impulse gegeben haben.

Gleichzeitig gehen durch die Kürzungen im Bereich der Frauenprojekte auch zahlreiche Ressourcen für Mädchen verloren, z.B. bei den Regionalstellen Frau & Beruf, bei der Landesfachstelle gegen Gewalt oder bei der Koordinationsstelle Frauengesundheit NRW.

### Anti-Gewalt-Arbeit

Im Koalitionsvertrag wird ausdrücklich die Erhaltung und effiziente Gestaltung eines Beratungs- und Unterstützungsnetzes für Opfer von häuslicher und sexueller Gewalt betont.

### FrauenMädchenNetz NRW Frauengipfel

Dachverband autonomer  
Frauenberatungsstellen NRW e.V.  
Hochstr. 28, 45964 Gladbeck

Der Paritätische Wohlfahrtsverband  
Landesverband NRW e.V.  
Fachgruppe Kinder, Jugend, Familie,  
Frauen, Migration  
Camillo-Sitte-Platz 3, 45136 Essen

FrauenRat NW e.V.  
Julius-Doms-Str. 13  
51373 Leverkusen

FUMA e.V. Fachstelle Gender NRW  
Rathenastr. 2-4, 45127 Essen

LAG autonomer Frauenhäuser NRW  
Postfach 500349, 44203 Dortmund

LAG autonomer Frauen-Notrufe in  
NRW  
Ackerstr. 144, 40233 Düsseldorf

LAG autonomer  
Mädchenhäuser/feministische  
Mädchenarbeit NRW e.V.  
Robert-Geritzmann-Höfe 99  
45883 Gelsenkirchen

LAG Mädchenarbeit NRW e.V.  
Roberstr. 5a, 42107 Wuppertal

LAG kommunaler Frauenbüros/  
Gleichstellungsstellen NRW  
Kasernenstr. 6, 40313 Düsseldorf

LAG Wildwasser  
An den Lothen 8, 44892 Bochum

LAG Lesben in NRW  
Ackerstr. 144, 40233 Düsseldorf

Landeskonferenz der Gleichstellungs-  
beauftragten der Hochschulen und  
Universitätsklinik des Landes  
Nordrhein-Westfalen,  
Koordinierungsstelle, c/o FH Köln,  
Ubierring 40, 50678 Köln

~~Landesfachstelle autonomer Frauen-  
und Mädcheneinrichtungen gegen  
Gewalt NRW  
Westenhellweg 112, 44137 Dortmund~~

Netzwerk von Frauen und Mädchen  
mit Behinderungen NRW  
Neubrückenstr. 12, 48143 Münster

Regionalstellen Frauen und Beruf  
c/o Die Spinnen  
Bäuminghausstr. 46, 45875 Essen

Die Landesregierung beabsichtigt, die Zuschüsse für die insgesamt 62 Frauenhäuser in NRW um rund 30 % zu streichen. Obwohl der Haushalt der Landesregierung erst im Mai 2006 verabschiedet wird, betreffen die Mittelkürzungen jedes Frauenhaus bereits seit dem 01.01.2006 und haben den Wegfall der Mittel für mindestens eine Personalstelle zur Folge. Die Konsequenzen der Kürzungen treffen vor allem gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder. Die Auswirkungen sind je nach örtlicher Situation unterschiedlich und reichen von der Reduzierung des Angebotes an nachgehender Beratung, dem Abbau von Angeboten für die mitbetroffenen Kinder bis hin zur Reduzierung von Platzzahlen.

Frauenhäuser sind in NRW seit nunmehr 30 Jahren unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Infrastruktur zum Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt. Die Landesmittel sind bereits seit Jahren gedeckelt, gleichzeitig sind die Anforderungen an die Frauenhäuser stetig angestiegen. Der Abbau von Hilfen für Gewaltopfer setzt falsche Signale.

Im Haushaltsentwurf ist vorgesehen, die Landeszuschüsse für die Mädchenberatungsstellen um 16 % zu kürzen. Mit den Kürzungsabsichten nimmt die Landesregierung in Kauf, dass die dringend notwendige Beratungsarbeit von Gewalt betroffenen Mädchen und deren Bezugspersonen in ihrer bisherigen - ohnehin nicht dem Bedarf entsprechenden - Kapazität nicht aufrechterhalten werden kann.

Die Schließung der Landesfachstelle autonomer Frauen- und Mädcheneinrichtungen gegen Gewalt NRW zum 31.01.2006 bedeutet für die 100 autonomen Hilfeeinrichtungen den Verlust ihrer Service- und Vernetzungsstelle und hat auch Auswirkungen auf die Vermittlung von Hilfe suchenden Frauen und Mädchen.

Die Einsparungen von heute führen schon morgen zu erheblichen Folgekosten: Polizeieinsätze, Krankentransporte, Krankenhausaufenthalte, Arztbesuche, Fehlzeiten, Verlust des Arbeitsplatzes, Zivil- und Strafverfahren, Therapiekosten.

### **Migration und Integration**

Migrantinnen sind eine äußerst heterogene Gruppe, deren Lebensbedingungen sich durch viele Faktoren unterscheiden: Staatsangehörigkeit, Einreisealter, Familienstand, Aufenthaltsstatus, Rechtsstatus, Bildung, Kultur- und Religionszugehörigkeit oder Schichtzugehörigkeit. Entsprechend unterscheiden sich die Lebenslagen dieser Frauen erheblich.

So sind von den Kürzungen im Frauen- und Mädchenbereich auch insbesondere nicht-deutsche Frauen und Mädchen betroffen. Im Rahmen einer verstärkten Integrationspolitik, die ja auch die Landesregierung anstrebt, sollten die Einsparungen in allen Ressorts auch auf ihre integrationsmindernden Folgen überprüft werden.

### **Frauen und Gesundheit**

Beabsichtigt ist die Streichung der Mittel für die Koordinationsstelle Frauen und Gesundheit NRW ab 01.04.06. Sollte das Parlament dieser Entscheidung folgen, so würde nicht nur die erfolgreiche Arbeit der Koordinationsstelle von nunmehr fast 6 Jahren unwiderföhrlich zunichte gemacht, sondern auch die notwendige gesundheitspolitische Weiterentwicklung in NRW erheblich beeinträchtigt.

Die Einrichtung der Koordinationsstelle Frauen und Gesundheit NRW geht auf einen Landtagsbeschluss zum Antrag „Frauengerechte Gesundheitspolitik“ vom 11.02.2000 zurück. Ein parteien-übergreifender Beschluss zum Abschlussbericht der Enquete-kommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ hat in der vergangenen Legislaturperiode die Notwendigkeit einer geschlechterdifferenzierten Gesundheitsversorgung bekräftigt und die Funktion der Koordinationsstelle als wichtiges strukturbildendes Moment herausgehoben.

### **Frauen und Sucht**

Ab 1. Januar 2006 wurde der Etat der Landesfachstelle Frauen & Sucht NRW um ca. 30% gekürzt. Das hat zur Folge, dass die inhaltliche Arbeit eingeschränkt werden muss.

Weiterhin plant das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) eine Zusammenlegung verschiedener Koordinationsstellen zum Thema Sucht in NRW. Das bedeutet, dass der Träger der Landesfachstelle Frauen und Sucht, der Verein zur Hilfe suchtmittelabhängiger Frauen Essen e.V., voraussichtlich ab dem Jahr 2007 keine Landesmittel mehr für die Landeskoordination zur Thematik „Frauen und Sucht“ erhalten wird. Unklar ist der verbleibende inhaltliche Umfang, den das Thema „Mädchen/Frauen und Sucht“ bei einer Zusammenlegung der Koordinationsstellen einnehmen wird. Die Planungsperspektiven sind auf unterschiedlichen Ebenen derzeit völlig ungewiss. Weiterhin soll die erweiterte Grundförderung für die Arbeit mit Frauen gänzlich gestrichen werden.

### **Lesbenpolitik**

Sämtliche Projektförderungen im Rahmen von Maßnahmen gegen die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensformen auf Landesebene und vor Ort sollen gestrichen werden. Die Geschäftsstelle der LAG Lesben in NRW wird um ca. 75 % gekürzt, da die Akzeptanzkampagne und Projektmittel ersatzlos gestrichen werden sollen. Die Kürzungen haben in vielen Einzelbereichen zur Folge, dass die ehrenamtlichen Strukturen stark geschwächt werden.

Die Vernetzungsarbeit mit KooperationspartnerInnen ist davon betroffen. Informations- und Diskussionsveranstaltungen wird es vor Ort kaum noch geben. Veröffentlichungen und Anzeigen wird es kaum mehr geben - Lesben und Schwule sollen wieder aus der Öffentlichkeit verschwinden. Informationsmaterialien und -broschüren werden wegfallen. Interessensvertretungen werden geschwächt und der Zugang zu Entscheidungsträgern erschwert sich. Politische Aufklärungsarbeit, die mehr denn je notwendig ist, wird zukünftig nur noch begrenzt zu leisten sein. Landesweite Öffentlichkeitsarbeit und Lobbyarbeit verschwinden.

Alle geschilderten Konsequenzen der Kürzungen wirken lediglich kurzfristig haushaltsentlastend und stellen nur kurzfristig eine Einsparung dar; die Kürzungen wirken sich dort aus, wo die Arbeit präventiv wirkt. Fällt dies weg, werden an späterer Stelle - nämlich in der Nachsorge oder der Folgenbehandlung (zunehmende Gewalt, zunehmende Erkrankung, zunehmende Arbeitslosigkeit etc.) enorme Kosten auf den Sozialapparat zukommen, denen sich eine Landespolitik nicht entziehen kann. Wir bitten die Entscheidungstragenden, dies bei ihren Beratungen und Entschlüssen zu berücksichtigen.

**Wir rufen alle Landespolitikerinnen und -politiker auf, ihre besondere Verantwortung für Frauen und Mädchen in Nordrhein-Westfalen anzunehmen und auf den Gestaltungsprozess des Landeshaushalts ihren Einfluss geltend zu machen.**

Essen, 10. März 2006